

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1851

31.5.1851 (No. 127)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 31. Mai.

N. 127.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgebühr: die gesaltene Postzeitung oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1851.

Karlsruhe, 30. Mai.

Seine Königliche Hoheit der Prinz Adalbert von Bayern ist am 27. d. M. Abends zum Besuch der Großherzoglichen Familie dahier angekommen und im Gasthof zum Erbprinzen abgestiegen.

Höchstenselbe hat gestern Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog einen Besuch in Baden abgestattet, und ist heute mit dem dritten Bahnzug von hier wieder abgereist, um sich nach Heidelberg zu begeben.

Bemerkung.

Wir haben in unserer letzten Nummer die Erklärung, welche Hr. Hofrath Eisenlohr als Erwiderung auf den dem „Schwäbischen Merkur“ entlehnten Artikel, den Telegraphen betreffend, uns eingesendet hat, abdrucken lassen. Wir bekennen, daß wir, den Artikel des „Schwäbischen Merkurs“ nur flüchtig übersehend, die persönlichen Beziehungen verfechter Polemik, die er enthält, aus Unbekanntschaft mit den einschlagenden Verhältnissen, nicht gewahr wurden; wir würden sie sonst weggelassen haben. Wir waren im Begriff, selbst eine Berichtigung aus anderer Quelle zu geben, als der Aufsatz des Hrn. Hofraths Eisenlohr uns zum, der weitere Bemerkungen überflüssig macht. Die Redaktion.

Zwei französische Bischöfe.

II.

Die Frage, um welche es sich in dem Rundschreiben des Erzbischofs von Paris handelt, ist die über das Verhalten der Geistlichkeit in politischen Dingen; die Veranlassung, diese Frage zu erörtern, ist die gegenwärtige Lage Frankreichs, und die Bestrebungen der verschiedenen Parteien, theils für Befestigung und Ausbildung der Republik, theils für Herstellung der Monarchie.

Soll die Geistlichkeit an diesen Bestrebungen in dem einen oder dem andern Sinne sich betheiligen? Das ist die Frage, deren Beantwortung vorliegt. Sie ist durchaus verneinend auszufallen. Es läßt sich nicht läugnen, daß der Theil des Rundschreibens, welcher allgemeine Verhaltensmaßregeln für die Geistlichen gibt, viel Schönes und Beherzigenswerthes enthält. Wir werden nicht zustimmen, wenn es heißt: „Keiner von uns soll je die Politik in die Verkündigung des Wortes Gottes einmischen.“ Wir wollen ohne Unterschied alle diejenigen zu der Theilnahme an den Sakramenten zulassen, welche sich darum melden, ihre politischen Ansichten mittheilen wollen, vorausgesetzt, daß sie mit den Lehren der Kirche nicht im Widerspruch sind, und daß jene das Verlangen und den Willen haben, ein rechtschaffen Leben zu führen. Der Priester als Gesandter Gottes soll wissen, daß er für Alle da ist, und daß er Allen, wie ein Vater seinen Kindern, voll Güte und Sanftmuth entgegen kommen soll.

Gegen diese und ähnliche Stellen ist Nichts einzuwenden. Die Bedenken erscheinen erst in der weitern Begründung, wo gelehrt wird, daß Kirche und Staat zwei neben einander bestehende, von einander ganz unabhängige, sich wechselseitig nicht bedingende Welten seien. Die Kirche bleibe stets unberührt von den Stürmen und Erschütterungen der Zeit, „weil sie eine Tochter des Himmels sey, während der Staat als weltliche Institution, die Thron und Krone, die Formen der Regierungen, alle bürgerlichen und politischen Institutionen verschwänden und vom Strome der Zeit oder dem Unglücksstern der Kriege, oder von den Stürmen der Revolution fortgetragen würden.“

Wir haben im ersten Artikel uns über diese Sätze ausgesprochen. Es wird nun weiter aus ihnen gefolgert, „daß alle politischen Formen nur in so fern ein Interesse für die Kirche hätten, als sie dem Gehorsam, welchen wir Gott und seinen heiligen Gesetzen schuldig sind, förderlich oder nachtheilig seyen.“ Die Kirche sey nicht zu Gunsten dieser oder jener Regierungsform eingesetzt worden; sie habe vielmehr die Mission, alle Völker mit ihren verschiedenen Lebensweisen, Gesetzen, Einrichtungen zu sich zu rufen.

Allerdings ist die Kirche nicht zu Gunsten irgend einer Regierungsform eingesetzt worden; es gibt und soll geben christliche Republiken wie christliche Monarchien; es handelt sich aber auch nicht davon in Frankreich, sondern hier ist die Frage, ob überhaupt ein Staat bestehen soll, in dem noch von Christenthum die Rede ist, und der in Folge Dessen auch eine Kirche noch neben sich duldet. Siegt die Revolution und der Sozialismus mit der rothen Republik, so wird von einem christlichen Staat überhaupt nicht mehr die Rede seyn, und in Folge Dessen auch nicht von einer christlichen Kirche. Es würde sich dann zeigen, wie innig das Gedeihen und die Existenz der Kirche mit der Staatsform verbunden ist, und wie wenig gleichgültig für die Kirche es ist, wie der politische Kampf in Frankreich sich entscheide.

Die Wiederherstellung der Monarchie, als derjenigen Staatsform, welche allein unter den gegebenen Verhältnissen auch der Kirche ihren Fortbestand verbürgt, kann der Kirche daher unmöglich gleichgültig seyn. Man bewundert jene ihrem Gott und ihrem Könige treuen Priester der Vendée und der Bretagne, welche zum Kampfe für das Königthum

begeisterten; ihnen, scheint es, waren die Staatsformen nicht gleichgültig; sie blickten jedenfalls tiefer, als der Erzbischof von Paris, wenn er meint, der Kirche könne es sehr gleichgültig seyn, ob Monarchie oder sonst was in Frankreich herrsche.

Die Kirche, heißt es ferner im Rundschreiben, achtet alle Regierungsformen, die sie vorfindet, selbst solche, welche von den Revolutionen geschaffen werden, ohne ihnen Rechenschaft über ihren Ursprung oder über ihr Recht abzufordern, vorausgesetzt, daß sie ihre Pflicht thun, d. h. die Ordnung herstellen etc. Indem die Kirche aus Revolutionen hervorgegangene Regierungen anerkennt, thut sie nichts Anderes, als was auch weltliche Regierungen und Staatsmänner thun; allein auch dieses Argument ist nicht stichhaltig, wenn es beweisen soll, daß eine so wichtige Körperschaft wie die Geistlichkeit unter den demaligen Verhältnissen sich neutral verhalten solle. Es wird Niemand dem französischen Klerus zumuthen, die Monarchie auf der Kanzel zu predigen; allein wenn er, als Bestandteil der Nation, der Gesellschaft, als ein Hüter heiligster Interessen, sich aufgeföhrt sehen sollte, in loyaler Weise an der Lösung der obschwebenden Frage mitzuarbeiten, so läßt sich nicht absehen, warum er sich jeder Kundgebung zu Gunsten der Monarchie enthalten sollte. Die Betrachtung, daß „politische Formen nicht allein das Glück der Völker begründen“, könnte am Ende nicht bloß dem Klerus, sondern auch den Laien gesagt seyn, und diesen als Abmahnung gelten, sich mit Wiederherstellung der Monarchie zu beschäftigen; man kann ja auch in der Republik glücklich seyn!

Wo aber käme Frankreich, wo die Welt überhaupt hin, wenn dieser eben so leichte als trostlose Indifferentismus Geltung gewönne!

Selbst die Theilnahme an der Nationalversammlung untersagt der Erzbischof; denn „um einigen Einfluß zu haben, müßten wir uns an eine Partei anschließen und mit ihr stimmen.“ Nun aber dürfen wir nie Männer der Partei werden. Als Diener der katholischen Kirche gehören wir Allen an, um Alle zur Sittlichkeit zu führen; das ewige Heil der Seelen muß immer in unserm Geiste und Herzen über das beschränkte und vergängliche Interesse der Politik die Oberhand behalten.

Eine solche absolute Isolirung dürfte kaum möglich seyn und steht auch in Widerspruch mit der ganzen Geschichte. Die religiösen Interessen sind mit die wichtigsten im Staate; die Geistlichkeit war daher von je auch eine politisch-berechtigte Körperschaft in alter und neuer Zeit. Nur wenn Staat und Kirche nicht in einander, sondern neben einander bestehende Kreise wären, ließe sich eine solche gänzliche Loslösung des Klerus von allen politischen Interessen denken. Wie aber kann man so Etwas behaupten, wo es einen Kirchengestaat gibt und die Bischöfe im Verlaufe der Zeit einst theilweis selbst zu weltlichen Fürsten wurden? Müßen nicht überall, wo der Klerus, wie in England, Schweden, Deutschland, ständische Rechte hat, die Vertreter desselben an Entscheidung politischer Fragen mitwirken, und ist es ihnen möglich, irgendwie neutral zu bleiben? Es ist uns aber nicht bekannt, daß irgendwo die Kirche, sey es die katholische, sey es die protestantische, auf Uebung politischer Rechte keinen Werth legte, und sie hat Recht, daß sie Werth darauf legt, so wenig auch der Geistliche als Seelsorger mit politischem Parteigeriebe und Schwarmmachen sich abgeben soll.

Hat die Kirche nun das größte Interesse dabei, daß die Monarchie da, wo sie als die einzig mögliche und einzig rechtmäßige Staatsordnung betrachtet werden muß, aufrecht erhalten werde, so ist sie nicht minder dabei betheiligt, daß da, wo diese Ordnung durch menschlichen Frevel umgestürzt worden ist, sie wieder hergestellt werde, und es ist nicht bloß ihr Recht, sondern ihre Pflicht, zu Errichtung dieses Zweckes die Hand zu bieten in der ihrer Wirksamkeit angemessenen Weise. Wir wüßten daher nicht, warum z. B. ein Bischof, der Mitglied einer politischen Versammlung wäre, die den Weg zur Herstellung der Monarchie bahnen soll, wenn es gilt, seine Stimme für die eine oder die andere Staatsform zu erheben, Anstand nehmen sollte, sich für Wiederherstellung derselben zu erklären, die allein dem Lande die Rettung aus drohendem Verderben verbürgt. Hat der Geistliche bloß für das Sonderinteresse seiner Körperschaft zu wirken, oder nicht auch dafür, daß Zustände ewiger Umwälzung, in denen nothwendig der Mensch sittlich verwildert, ihr Ende erreichen? Wir meinen, daß nicht bloß das Interesse der Kirche, sondern daß ihre Pflicht zugleich es gebiete, dieser Aufgabe sich nicht zu entziehen. Uns will bedünken, daß, wenn die Kirche die unerschütterliche Säule alles göttlichen Rechts ist, die Bewahrerin aller ewigen Wahrheit, ihr am wenigsten geziemere, gleichgültig mit zuzusehen, wenn an der göttlichen Ordnung im Staate gerüttelt wird, oder aus Schutt und Trümmern die ungeworfene Säule des göttlichen Rechts wieder aufgerichtet werden soll.

Auch der Staat ist eine göttliche Ordnung, nicht bloßes Menschenwerk, wie der Erzbischof von Paris meint; er war früher da als die Kirche; denn er ist nicht wie diese eine Frucht des Christenthums, sondern er ist schon bei den Heiden vorhanden gewesen; wälten im Staate menschliche

Leidenschaften, so ist auch die Kirche ihnen nicht unzugänglich; denn in beiden ist es eben derselbe Mensch, der der Inhalt der verschiedenen Form ist. Auch die Kirche ist, wie der Staat, dem Verderben ausgesetzt; ist ihr bei alle Dem die Kraft der Reinigung und Verjüngung gegeben, so steht der Staat nicht hinter ihr zurück; er ist die Form, die heute zerbrochen morgen sich wieder erzeugt, und daher so unzerstörbar ist, wie die Kirche. Da das Leben beider aber sich wechselseitig bedingt, so sollen sie nicht meinen, der Eine könne das Andere entbehren, sondern sie sollen sich wechselseitig stützen und tragen, Dessen eingedenk, daß die Feinde des Einen auch die des Andern sind. Der Glaube, die Kirche könne ohne den Staat oder bei jeder Staatsform bestehen, ist daher ein irriger in dem Sinn, wie der Erzbischof Dies nimmt. Verhält sich aber die Kirche wirklich so gleichgültig gegen die Monarchie, so wird sie diese Gleichgültigkeit natürlich auch auf die Träger des monarchischen Herrschers amtes ausdehnen, und für diesen Fall könnte man wenigstens nicht sagen, daß sie gerade eine Hauptstütze der Monarchie sey.

Das Rundschreiben des Bischofs von Chartres beweist, daß die Doktrin des Erzbischofs nicht von allen Prälaten getheilt wird. Wir werden in einem letzten Artikel die wesentlichen Momente des bischöflichen Rundschreibens in treuem Auszuge mittheilen. W.

Deutschland.

* Karlsruhe, 30. Mai. Die Mobilmachungsgerüchte, welche in neuester Zeit wieder auftauchen, bedürfen sämtlich noch der Bestätigung, und sind jedenfalls mit größter Vorsicht aufzunehmen. Man kann sich fest darauf verlassen, daß, im Falle dieselben zur Thatsache werden, Dies sofort auf direktem und offiziellem Wege mitgetheilt werden wird, da ein Grund zur Heimlichkeit nirgends vorliegt, und ein solches Ereigniß sich auch nicht lange geheim halten läßt; was bis jetzt davon bekannt wurde, gehört lediglich in das Bereich der Gerüchte. Allerdings sind dieselben ziemlich weit verbreitet, denn einer telegraphischen Depesche der Frankf. Bl. aus Berlin vom 25. Mai zufolge ging in dieser Stadt das Gerücht von erneuerter Mobilmachung und Aufstellung von 120,000 Mann Bundesstruppen, von der Gränze der Schweiz bis nach Wesel, wozu Preußen 30,000 Mann stellen würde, und auch in Dresden und München trug man sich mit dergleichen Gerüchten. Allein schon die ministerielle „Preuß. Zig.“ erklärt sich, wie wir aus eben derselben telegraphischen Depesche ersahen, ermächtigt, das Gerücht, daß zwei Armeekorps mobil gemacht werden sollen, als ein durchaus grundloses zu bezeichnen, und wir dürfen annehmen, daß die genannte Zeitung hierin vollkommen unterrichtet ist. Unserer Meinung nach beruhen diese Gerüchte in ihrer übertriebenen Natur sämtlich mehr oder weniger auf Börsenspekulationen; ihren wesentlichen Grund werden sie wohl in der auf den Konferenzen zu Dresden allseitig angenommenen Bestimmung haben, daß jede Bundesmacht zwei Fünftheile ihres (Bundes-) Kontingents in fester Bereitschaft zu halten hat. Dieser Beschluß muß indeß erst noch die Genehmigung des Bundestags erhalten, und auch alsdann ist zwischen Bereitschaft und Aufstellung noch ein großer Unterschied.

* Karlsruhe, 30. Mai. Wir haben noch nachträglich zu berichten, daß am 26. d. hieselbst eine Sitzung des großen Bürgerausschusses und des Ausschusses staatsbürgerlicher Einwohner stattfand, in welcher über den Fortbestand der hiesigen Bürgerwehr abgestimmt wurde. Von 243 Stimmberechtigten waren 193 erschienen. Von diesen stimmten 190, darunter sämtliche Staatsdiener, für den Fortbestand.

Seidelberg, 26. Mai. (Mannh. Z.) Bei der am heutigen Tage stattgefundenen, von dem landwirthschaftlichen Verein für den Unterrheinkreis veranstalteten Zigarrenprobe inländischen Fabrikats erhielten die H. Louis Mayer und West von Mannheim die erste silberne Preismedaille, Hr. Nida von Schwegingen die zweite, Hr. Nos von Sandhausen die dritte, und Hr. Landfried von Heidelberg die vierte; einer befondern Belobung würdig wurde ferner erkannt eine zweite Zigarrensorte von Hrn. Mayer und West, so wie eine von Joh. Kagenmayer in Sandhofen. Wenn es auch nicht möglich war, in der kurzen Zeit von einer Stunde ca. 70-80 Preisbewerungen in Hinsicht der Dualität genau zu prüfen, so gab uns doch das Resultat des Preisgerichts den erfreulichen Beweis, auf welcher Stufe der Vollkommenheit in Hinsicht der schönen Arbeit und Façon es die inländische Fabrikation schon brachte und wie dieselbe bald im Stande seyn wird, jeder ausländischen Konkurrenz die Spitze zu bieten.

Nastatt, 28. Mai. (N. Fr. Z.) Der Professor am hiesigen Lyzeum, Dr. Jülg, hat von dem k. k. österreichischen Ministerium des Kultus und Unterrichts einen Ruf als Professor an der Universität Lemberg erhalten, den er angenommen hat. Je mehr man sich hier dieser dem ausgezeichneten Mann zu Theil gewordenen Ehre freut, um so mehr bedauert man den Verlust, den unser Lyzeum an ihm erleidet.

Freiburg, 28. Mai. (N. Fr. 3.) Die Organisation des Pompierskorps, welches hier errichtet wird, schreitet in allen Theilen rüstig voran. Seit längerer Zeit finden bereits die vorbereitenden militärischen Exercitien statt, welche einen Fortgang nehmen, der von einer anerkennenswerthen Liebe zur Sache Zeugniß ablegt. Darauf sollen die technischen Exercitien folgen, wozu bereits die nöthigen Einleitungen zur Beschaffung der Requisiten wie der Heranbildung tüchtiger Instruktoren getroffen sind. Zum letzten Behufe hat das Korps vier Männer aus seiner Mitte nach Karlsruhe geschickt, welche sich bei der dortigen Feuerwehr diejenige Ausbildung erwerben sollen, die erforderlich ist, um in den verschiedenen Abtheilungen des Korps die technische Instruktion zu übernehmen. Es sind dies die H. H. Stifungssekretär Stocker, Sekretär Schlogell, Stribent Jsele, und Maler Siebler, welche sich vor einigen Tagen nach Karlsruhe begeben haben. Es liegen uns Briefe von denselben vor, welche den zuvorkommenden und herzlichen Empfang nicht genug rühmen können, den sie daselbst gefunden. Der Kommandant, das Offizierkorps, und die Mannschaft der berühmten Feuerwehr nahmen unsere Mitbürger nicht als Fremde, sondern als alte liebe Bekannte auf, erwiesen ihnen jede Freundlichkeit, und erböten sich, sie in Allem bestens zu unterstützen, was den Zweck ihrer Anwesenheit betrifft. So wird das schöne Band, welches schon früher zwischen den beiden verwandten Korps angebahnt wurde, fester geschlungen, und wir hoffen, daß es nicht nur Früchte der technischen Fertigkeit, sondern auch der Gesinnung und kameradschaftlichen Freundschaft bringen wird.

Stuttgart, 29. Mai. Der Staatsvertrag, betreffend die Herstellung eines Anschlusses der württembergischen Eisenbahn an die badische, wurde gestern nach einer langen Debatte, gegen den Antrag der Kommission, d. h. ohne Vorbehalt, mit 65 gegen 19 Stimmen angenommen. Die Frage war als eine offene behandelt worden, weshalb unter den Verneinenden Abgeordnete von verschiedenen Fraktionen sich befinden. Wäre der Antrag der Kommission durchgedrungen, welche ihre Zustimmung an vier der badischen Bedingungen zu stellende Bedingungen geknüpft wissen wollte, oder der Antrag des Hrn. Moriz Mohl, der ebenfalls einige wichtige Zugeständnisse von Seiten Badens verlangte, so wären wir wieder auf den Standpunkt vor Abschluß des Vertrags verlegt worden; die württembergische Regierung hätte aufs neue unterhandeln und die badische den etwaigen neuen Vertrag abermals ihren Kammern vorlegen müssen, die ihn dann vielleicht verworfen hätten. Unterdessen hätte man natürlich die so rasch begonnenen Arbeiten einstellen müssen, und die endliche Herstellung der so sehnlich gewünschten Linie wäre in unermeßbare Ferne gerückt worden. Der Abgeordnete Nidel von Heilbronn wollte gar eine unbedingte Verwerfung des Vertrags! Er konnte dies aus Lokalpatriotismus gefasste Ansinnen wohl wagen, da er sich selbst sagen mußte, daß er damit nicht schaden werde; aber man erhebt daraus, wie schwer die Stadt Heilbronn sich von dem Anschlusse bei Bruchsal getroffen glaubt. Zur Beruhigung dieser wichtigen Handelsstadt, deren Befürchtungen sicher zu weit gehen, nahm auch die Kammer den Antrag von Hofstetter und Genossen an: „gegen die Regierung die Erwartung auszusprechen, sie werde exzeptionelle Tarifrung der Linie von Mannheim nach Bruchsal zu verhindern suchen.“ Wenn Dies nicht geschehen und sehr niedrige Güterpreise von Mannheim nach Bruchsal angelegt werden sollten, so könnte natürlich Heilbronn, das dann ganz bei Seite bleiben würde, zu Wasser nicht mehr konkurrenzieren. Die Regierung wird sicher das Wohl einer so wichtigen Stadt nicht mutwillig aufs Spiel setzen, und deshalb thun, was in ihren Kräften steht; allein wie die Verhältnisse einmal sich gestaltet haben, kann sie keine Bedingungen vorschreiben, sondern muß auf dem Wege gütlicher Uebereinkunft vorschreiten. Hätte Württemberg zugleich mit Baden seine Eisenbahnen gebaut, so würde sich Vieles anders gemacht haben; da Dies aber nicht geschah, so beklage man sich auch jetzt nicht über die Folgen der großen Mobilmachung. In der ganzen Welt macht nicht der neu in ein Geschäft Eintretende, sondern der die Bedingungen, der es in Gang gebracht hat. Selbst die Demokraten in der Kammer scheinen Dies eingesehen zu haben, da sie diesmal nicht prinzipiell dem Ministerium entgegen traten. Nur schade, daß man sie selbst in diesem Fall nicht loben kann, indem einer der Ihrigen die Hintergedanken vertragen hat. Hr. Ludwig Seeger meinte nämlich, diesem Vertrage wohl seine Zustimmung geben zu können; es werde schon einmal die Zeit kommen, und zwar bald, wo doch alle Verträge, und also auch dieser, revidirt würden! Was der rothe Hr. Ludwig damit sagen wollte, kann ein Kind fassen; übrigens gehört eben so wenig Scharfsinn dazu, um dem gemüthlichen Herrn zu prophezeien, daß er und seine Freunde diese Revision, wenn sie je einträte, nicht zu vollziehen haben werden.

Gleich der Stuttgarter wird jetzt auch die Tübinger Bürgerwehr schlafen geben, und die H. H. Professoren, die nun einmal lieber den Wissenschaften des Friedens, als des Kriegs nachgehen wollen, werden Ruhe bekommen. Als die Noth am höchsten war, war die Hilfe am nächsten, und die Erinyen selbst nahmen sich der gekränkten Jünger der Muse an. Die gesinnungstüchtige Stadt Tübingen hatte sich nämlich einen Kommandanten ausgesucht, wie sie ihn nicht besser hätte finden können: einen eiteln, von sich selbst eingenommenen Mann, der sich die Kraft zutraute, das verhasste Institut, koste es, was es wolle, durchzuführen. Er regierte also schonungslos und mit aller Strenge, und da ihm das verunglückte Gesetz zur Seite stand, so war Nichts zu machen. Fataler Weise lebte er aber nicht nur dem Dienste des Mars, sondern ließ sich auch in zarten Nezen fangen, die ein ungeschlagener Vulkan, in Gestalt eines Gastwirths, nicht eher wieder geöffnet haben soll, bis die Rache des beleidigten Gatten gekühlt gewesen. Diese Geschichte wurde ruchbar, und der Hr. Kommandant, Oberstleutnant titulirt, suspendirt. Die Tübinger Bürgerwehr hat jetzt Ruhe, denn es wird sich wohl nicht leicht wieder ein neuer Befehl finden, der

so wie dieser zum Auskehren des Unraths sich hergeben wird. Der Hr. Oberstleutnant wird aber Gott danken dürfen, wenn er nur mit dem Verlust eines St aus dem schlimmen Handel herauskommt, und ihm der Titel bleibt, den er sich bei seinem Austritt aus dem aktiven Militär vorbehalten.

Die Demokratie hat jetzt so ziemlich alle ihre Koryphäen in den Ständesaal gebracht, indem die „gute“ Stadt Tübingen den Rechtskonsulenten Feger und das katholische Leutkirch den mehr als protestantischen Professor Zimmermann gewählt hat.

Der Schwurgerichtshof in Ludwigsburg hat drei harmlose Heilbronner, die weiter Nichts thaten, als, dem Strome der Zeitbewegung folgend, in zwei Gasthäusern in Heilbronn, die für reaktionär galten, die Fenster einzuwerfen, die darin befindlichen Gäste zu bedrohen, und abwehrende Mitglieder schändlich zu mißhandeln, für schuldig erkannt! In Folge davon wurde der Hauptangeklagte Pfau zu 7 Jahren Zuchthaus, ein zweiter Theilnehmer Joos zu 3 Jahren Arbeitshaus, und ein dritter, Namens Erhardt, zu 2 Monaten Kreisgefängniß, und jeder derselben zu einem entsprechenden Antheil der Prozeßkosten verurtheilt.

Von der Bergstraße, 25. Mai. (D. P. A. 3.) In dem raschen Wechsel der Ereignisse der letzten Jahre sind wohl nicht alle einzelnen Begebenheiten so allgemein aufgefaßt und festgehalten worden, wie sie es nach ihrer Wichtigkeit und ihrem Einflusse auf den Gang der Zeitgeschichte verdienen. Es ist darum sehr angemessen und ehrt die Zeitgenossen, wenn sie auch durch äußere Denkmale daran zu erinnern und sie dankbar dem Andenken der Nachkommen zu bewahren suchen. Eine solche Begebenheit ist der tragische Tod des ersten Regierungsbeamten des Bezirks Heppenheim, Hrn. Christian Prinz, der am 24. Mai 1849 bei der bewaffneten Volksversammlung zu Oberlaudenbach, wo er nur als Bewahrer der Ordnung und des Friedens versöhnlich einschreitend erschien, durch beinahe 50 Schuß- und Hieb- wunden schmächtig gemordet wurde. Das schreckliche Ende dieses pflichtgetreuen Beamten brachte offenbar einen Umschlag in den Gang der Dinge, die ohne dieses traurige, die Bessern tief erschütternde, und namentlich auf den Geist der Truppen mächtig einwirkende Ereigniß vielleicht und zunächst wenigstens eine ganz andere Wendung genommen hätten. Der Tag von Oberlaudenbach ist darum besonders beachtenswerth in der Geschichte des Jahres 1849, und man kann es nur billigen, daß ein Denkmal das Andenken jenes Märtyrers der Pflichttreue ehrend und zugleich warnend auf die Nachwelt bringt. Heute ward dieses Denkmal eingeweiht.

Frankfurt, 28. Mai. (D. P. A. 3.) Von den hier in Bezug stehenden k. k. österreichischen, k. preussischen, k. bayrischen, und Frankfurter Bundesstruppen wurde heute Morgen, in Anwesenheit der gesammten Generalität u., ein großes Feldmanöver, bei welchem namentlich der 2. Stunden von hier gelegene Flecken Wibel genommen wurde, in Ausführung gebracht. Um 6 Uhr ausgerückt, kehrten die Truppen gegen 11 Uhr in ihre Quartiere zurück.

Frankfurt, 28. Mai. (D. P. A. 3.) Der kön. preussische Generalleutnant und Bundestags-Gesandte, Hr. Baron v. Hochow, ist gestern Abend um 10 Uhr mit dem letzten Zuge der Main-Weiser-Eisenbahn hier eingetroffen, und hat sein Absteigequartier im Hotel zum Englischen Hof genommen. Fürst v. Metternich wird den 16. Juni Brüssel verlassen und den 19. desselben Monats auf dem Johannisberg eintreffen. Im September gedenkt er nach Wien zurückzukehren.

Köln, 28. Mai. (Köln. 3.) Ihre k. H. der Prinz und die Prinzessin von Preußen trafen heute Abends auf der Rückkehr von England mit dem rheinischen Bapnzuge hier ein. Nach kurzem Aufenthalte im Regierungsgebäude setzte Se. k. Hoh. der Prinz mit dem Schnellzuge seine Reise nach Berlin fort, während Ihre k. Hoh. die Frau Prinzessin mit einem Extrazuge nach Bonn fuhr.

Berlin, 27. Mai. Die „Preuß. Jtg.“ schreibt: Offenbar von böswilliger Seite ist auch heute wieder das Gerücht über eine Mobilmachung von zwei Armeekorps verbreitet worden; ein Gerücht, das auch vielfachen Glauben gefunden haben soll. Wir sind zu der bestimmten Erklärung ermächtigt, daß jenes Gerücht völlig grundlos ist. (S. oben Karlsruhe.)

Berlin, 27. Mai. Se. kön. Hoh. der Prinz v. Wassa ist gestern in Potsdam eingetroffen und im kön. Schlosse daselbst abgestiegen. — Der Ministerpräsident Frhr. v. Manteuffel ist heute Morgen um 5 Uhr hier eingetroffen.

Wien, 23. Mai. (Bresl. 3.) Radeky wird nicht so gleich wieder nach Italien zurückkehren, sondern noch den Beratungen präsidiren, welche über die Organisation der deutschen Bundesarmee neuerdings stattfinden sollen; der Entwurf hiezu stammt aus der Feder des Feldzeugmeisters Baron Hess, der ohne Zweifel das erste organisatorische Talent der österreichischen Armee ist und dessen Wirksamkeit sowohl das Ansehen des Kriegsministers als auch das des Grafen Gränne weit überträgt.

Dlmüs, 24. Mai. (Dlm. N. Zeit.) Heute Morgens langte Kaiser Franz Joseph hier an. Der Statthalter, der landeskommandirende General, und der Festungskommandeur empfingen Se. Maj. am Bahnhofe, und begleiteten ihn in das fürstbischöfliche Palais. Um 10 Uhr erschien Se. Maj. mit zahlreicher Suite auf der Nilmauer Haide, wo das ganze hierorts gelegene Armeekorps in Parade unter dem Oberbefehl des Generals der Kavallerie, Grafen Schlick, in fünf Treffen formirt war, und ein wahrhaft imposantes militärisches Schauspiel gewährte. Der Kaiser ritt allen Fronten entlang und ließ dann die einzelnen Truppengattungen besichtigen, welches bei einer Zahl von 30,000 Mann wohl über eine Stunde gedauert haben mag. Se. Maj. reist angeblich noch heute in Begleitung des Generaladjutanten Grafen v. Gränne nach Krakau ab, um daselbst den russischen Kaiser und den preussischen König zu erwarten und mit ihnen sodann nach Dlmüs zurückzukehren. Erzherzog Franz Karl, so wie die Frau Erzherzogin Sophie werden ebenfalls

Dienstag hier erwartet. Am Montag sollen Radeky und Jellachich, am Dienstag dann die übrigen Zelebritäten, worunter die Minister Schwarzenberg, Bach, und Görlich, hier eintreffen. Die hier in diesen Tagen anwesende Generalität soll allein die Zahl 112 erreichen.

Österreichische Monarchie.

Krakau, 22. Mai. (N. B.) Dieser Tage hat man den bekannten Russen Basunin unter starker Militär- und Gendarmenbedeckung hier durch in aller Frühe an die russische Gränze transportirt.

Frankreich.

Paris, 27. Mai. Die Nationalversammlung hat heute die zweite Berathung des Nationalgardengesetzes fortgesetzt. Der Artikel über die Zusammensetzung der Komitee's, die in jeder Gemeinde die Listen der Nationalgarde anzufertigen haben, gab zu längeren Debatten Veranlassung. Regierung und Ausschuß wollten, daß das Komitee zur Hälfte aus dem Gemeinderath, zur Hälfte aus Nationalgardisten genommen und von den Unterpräfekten, also unter dem Einfluß der Exekutivgewalt, zusammengelegt werde. Dagegen opponirte die Linke. Endlich wurde ein Vermittlungsantrag angenommen, nach welchem der Gemeinderath sein Kontingent zum Komitee selbst wählen und die Regierung nur die andere Hälfte ernennen soll. Hierauf wurde zu den Bestimmungen über die Organisation der Nationalgarde geschritten. Sie soll in Infanterielegionen mit Bataillonen, Kompagnien, und Unterabtheilungen von Kompagnien eingetheilt werden. Die Bildung von Kavallerie- und Artillerielegionen soll dem Befinden der Exekutivgewalt überlassen bleiben. Schöfcher von der äußersten Linken stellte den Antrag auf Beibehaltung der Nationalgardenartillerie und Kavallerie. Dieser wurde indess verworfen und die obenstehenden Bestimmungen angenommen. Es folgte sodann die wichtige Bestimmung über die Vorgefetztenwahl in der Nationalgarde. Nach dem Regierungs- und Ausschußprojekt sind die Wahlen der Subalternoffiziere und Unteroffiziere direkt, die der Bataillonschefs und höheren Kommandeurs dagegen indirekt, d. h. sie geschehen durch das Offizierkorps und eine gleiche Anzahl in den Kompagnien gewählter Bevollmächtigter. Trotz des Widerspruchs Mehrerer von der Bergpartei, welche die direkte Wahl für alle Grade beibehalten wissen wollten, wurde obige Bestimmung angenommen und sodann die Sitzung geschlossen.

Der Pyramidenverein hat gestern Abend eine wichtige Sitzung über die Revisionsangelegenheit gehalten. Nach einer kürzeren Debatte, woran u. A. de Broglie, Vestiboudois, und Heurtier Theil nahmen, wurde folgender, der Nationalversammlung zu übergebender Antrag genehmigt und sofort mit 182 Unterschriften versehen:

„Die unterzeichneten Repräsentanten, in der Absicht, der Nation die volle Ausübung ihrer Souveränität zurückzufestellen, haben die Ehre, den Wunsch auszusprechen, daß die Verfassung revidirt werde.“

Der Präsident der Republik wird sich von zwei Ministern nach Dijon begleiten lassen.

Paris, 28. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die zweite Berathung des Nationalgardengesetzes wieder fortgesetzt. Da es sich um untergeordnete Bestimmungen handelte, so blieb die Diskussion lange sehr ruhig, bis endlich der General de Grammont, ein heftiger Gegner der Nationalgarde überhaupt, durch Erzählung einer Episode aus seinem Kommando zu La Guilloitière plötzlich den Zorn der Linken aufregte. „Ich ließ zu La Guilloitière“, sagte er, „der schlechtesten der Lyoner Vorstädte, für die Nationalgarde Generalmarsch schlagen; allein Niemand erschien, mit Ausnahme eines alten Obersten aus der großen Zeit, aus der Kriegezeit, der mir versicherte, daß die Nationalgardisten in ihren Häusern durch die Voraeos, die Ventres creux, und die Rutilans blockirt seyen. (Es sind dies Arbeiterverbindungen, die diese feststammten Namen: „Gefräßige“, „Hohlbauche“, und „Röthliche“ führen.) Ich ließ darauf mehrere Abtheilungen Kavallerie durch die Straßen reiten, und als diese zurückkehrten, kamen ganze Haufen Nationalgardisten hinter den Pferden dringelaufen, um sich zu stellen.“ Beaune (von der äußersten Linken) griff den Redner wegen seiner Aeußerung über die 60,000 Einwohner zählende Vorstadt La Guilloitière aufs heftigste an und nannte sie geradezu lägenhaft, wofür er zur Ordnung gerufen wurde. Als bald verbreitete sich das Gerücht, der General de Grammont habe unverzüglich den General Larias beauftragt, dem Repräsentanten Beaune wegen dieser Beleidigung eine Herausforderung zu überbringen; ein Gerücht, welches später seine Bestätigung fand. — Nach diesem Zwischenfall wurden die Artikel des Nationalgardengesetzes rasch hintereinander angenommen. Der vorliegende Artikel, der die wichtige Bestimmung enthält, daß die Regierung erst binnen 2 Jahren zur Reorganisation der Nationalgarde zu schreiten brauche, gab zu einer längern Erörterung Veranlassung; die zweijährige Frist wurde jedoch mit 389 gegen 238 Stimmen angenommen. Hiermit waren die 120 Artikel des Gesetzes beendigt. General de Grammont schlug als Zusatz folgende Bestimmung vor: „Jeder Nationalgardist, der, gegen eine Insurrektion kommandirt, sich nicht gestellt hat und sich über seine Abwesenheit nicht ausweisen kann, wird auf 10 Jahre von den Listen gestrichen, entwaffnet, und zu 50 bis 2000 Franken Geldbuße verurtheilt.“ Diefelbe wurde indess nach einer energischen Protestation von Baze gegen dergleichen versteckte Angriffe gegen die Nationalgarde, wodurch sie der Feigheit vor der Erneute verdächtigt werden solle, mit 312 gegen 177 Stimmen verworfen. — Zum Schluß der Sitzung deponirte Moulin die Beschlüsse des Ausschusses für die Vorschläge von Moulin und Morin. Der Ausschuß schlägt der Nationalversammlung folgenden Beschluß vor:

1) Die Anträge auf Verfassungsrevision werden einer besondern Kommission überwiesen, die 8 Tage nach Einlaufen des ersten Antrags in den Abtheilungen ernannt wird und spätestens nach einem Monat ihren Bericht liefern muß.

